

Medienmitteilung

Thema	Parolen Abstimmungen vom 28. Februar 2016
Für Rückfragen	Laura Kopp laura.kopp@grunliberale.ch / 079 696 73 28
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	15. Dezember 2015

glp sagt viermal Nein

Der Vorstand der Grünliberalen hat für die vier nationalen Abstimmungsvorlagen vom 28. Februar 2016 die Nein-Parole beschlossen. Die glp spricht sich gegen die diskriminierende Heiratsstrafen-Initiative, gegen die Durchsetzungsinitiative sowie gegen das Verbot von Nahrungsmittelspekulation aus. Die Nein-Parole zum Neubau einer zweiten Gotthardröhre hatte der glp-Vorstand bereits im Oktober 2014 gefasst.

Der Vorstand der Grünliberalen hat zur Initiative für Ehe und Familie die Nein-Parole gefasst. Die CVP-Initiative ist diskriminierend, weil sie die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in der Verfassung ausschliesst. Gleichzeitig verbaut sie den Weg zu einem zivilstandsunabhängigen Steuersystem.

Nein zur Ausschaffungsinitiative

Auch die Initiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer lehnen die Grünliberalen ab. Die Initiative verstösst gegen die Bundesverfassung und gegen das Völkerrecht. Sie ist unverhältnismässig, weil sie für einen willkürlichen Katalog von Bagatelldelikten zwingend eine Ausschaffung vorsieht und so zu ungerechten Resultaten führen würde.

Nein zur Initiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“

Die Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ wird von den Grünliberalen als überflüssig betrachtet und abgelehnt. Mit den Positionslimiten im Finanzmarktinfrastrukturgesetz wurde bereits die Massnahme beschlossen, welche gemäss Landwirtschaftsorganisation der UNO das beste Mittel zur Bekämpfung von Nahrungsmittelspekulationen ist. Die Grünliberalen unterstützen Positionslimiten gegen schädliche Spekulation mit Nahrungsmitteln.

Nein zur zweiten Gotthardröhre

Bereits im Oktober 2014 hat der glp-Vorstand den Bau einer zweiten Gotthardröhre klar abgelehnt. Statt des Baus eines neuen Strassentunnels, muss die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene konsequent vorangetrieben werden. Die für den Bau einer zweiten Röhre notwendigen Gelder müssen effizienter in das Nationalstrassennetz investiert werden.